

Es handelt sich bei den süddeutschen Budgetabstimmungen nicht in erster Linie um die Frage, wie die Partei sich zur Budgetbewilligung stellen soll; dafür gilt noch immer die Lübecker Resolution. Es handelt sich in erster Linie um die Frage der Parteidisziplin und um die Frage, ob die Parlamentarier oder ob die Arbeiter selbst in der Partei herrschen sollen. Es liegt hier ein krasser Fall der bürgerlichen Auffassung des Parlamentarismus innerhalb unserer Reihen vor. Bei dieser Auffassung betrachten die Abgeordneten sich als unabhängige, über die Masse stehende Staatsmänner, die, einmal vom Volke wegen ihrer grösseren politischen Weisheit als Vertreter gewählt, nach eigenem Ermessen das politische Geschäft betreiben. Dagegen sieht die sozialistische Auffassung in ihnen die Wortführer eines über seine politischen Geschäfte selbst urteilenden Volkes, dessen Willen und dessen Ansichten sie zum Ausdruck bringen.

Auf dem ersten Blick muss es sonderbar erscheinen, dass gerade im Süden Deutschlands so oft die Neigung zur Budgetbewilligung hervortrat, die zuerst gelegentlich vorkommend und als Ausnahmefall entschuldigt, jetzt zu einem System erhoben werden soll. Die Budgetverweigerung ist ein natürlicher Ausfluss der Stellung, die die Sozialdemokratie der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gegenüber einnimmt. Sie ist nicht ein Protest gegen irgend eine Scheusslichkeit des Kapitalismus, gegen den Militarismus oder gegen besondere arbeiterfeindliche Taten der Regierung. Sondern durch sie lehnen wir jede Mitverantwortlichkeit für die Regierung ab, die nur ein Organ des Kapitalismus ist; durch sie verweigern wir der bürgerlichen Regierung die Mittel zum Regieren. Die Budgetverweigerung ist also für die Sozialdemokratie eine prinzipielle Sache; in der Praxis können Ausnahmefälle vorkommen oder besonders verwickelte Verhältnisse, die eine Entscheidung schwierig machen, aber die Regel wird durch das Prinzip der grundsätzlichen Feindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft bestimmt.

Es liegt auf der Hand, den Grund zu dem Verhalten der süddeutschen Parlamentarier in den freieren politischen Formen zu suchen, die dort herrschen. Zum Teil mit Recht; aber in anderen Ländern, wo noch viel freiere Formen herrschen, wie z.B. in Holland, hat man bis heute noch nicht an eine Budgetbewilligung gedacht, sondern immer den strikten Klassenstandpunkt eingenommen. Es muss also noch ein anderer Umstand hinzukommen.

Dieser andere Umstand ist die preussische Reaktion. Das klingt widerspruchsvoll, ist aber doch leicht zu verstehen. Die reaktionäre Unterdrückung der Arbeiter in ~~preussischen~~ Preussen-Deutschland hat einerseits die Arbeiterklasse stark zusammengeschiedet und eine revolutionäre Gesinnung geweckt. Aber andererseits war die Notwendigkeit, immer gegen die Reaktion anzukämpfen, geeignet die Einsicht zu verdunkeln, dass unser Kampf nicht nur den reaktionären Verunstaltungen der bürgerlichen Gesellschaft gilt, sondern der bürgerlichen Gesellschaft selbst, und wäre sie noch so fortschrittlich. Der schlimme politische Druck lässt nur zu oft den wirtschaftlichen Druck und die Ausbeutung übersehen, die dem Kapitalismus überall, auch bei der grössten politischen Freiheit eigen ist. Dies trifft namentlich für Intellektuelle und Politiker zu, die die Augen hauptsächlich auf die Politik gerichtet halten; denn die Arbeiter selbst leiden zu schwer durch ihre wirtschaftliche Sklaverei, um sie auch nur einen Augenblick zu vergessen. So entsteht die in den "Sozialistischen Monatsheften" fortwährend verfochtene Ansicht, unser Kampf gelte in erster Linie der junkerlichen Reaktion und in diesem Kampfe stehe die Bourgeoisie an unsrer Seite. Eine solche merkwürdige Anschauungsweise, die vollkommen übersieht, dass die politische Reaktion auf der kapitalistischen Ausbeutung beruht, kann als Beispiel dafür gelten, in welchem Masse ~~xxx~~ die reaktionäre Politik das prinzipielle Verständnis verdirbt.

In ähnlicher Weise wirkt die preussische Reaktion auf die Auffassungen im Süden zurück. Im Norden kommt zu dem wirtschaftlichen Druck eine so starke politische Unterdrückung hinzu, dass man schon frei aufatmet, wenn man letztere nicht mehr fühlt. Hier gilt einigermassen, was ein deutsch-amerikanischer Genosse einmal zu Liebknecht sagte: "man ist hier wenigstens den Polizeidreck los".

XXIX.
 Wenn man nicht mehr fortwährend von Polizei und Behörden drangsaliert wird, sondern dasselbe Entgegenkommen findet wie andere und als gleichberechtigter Mitbürger behandelt wird, so entsteht aus dem Gegensatz zu der preussischen Methode leicht das Empfinden, dass man schon ein freies gleiches Mitglied einer freien Gemeinschaft ist.

Dies ist aber nur ein trügerischer Schein, derselbe Schein, der in den Augen des früheren revolutionären Bürgertums die Erringung der bürgerlichen Freiheit und der politischen Gleichheit zu der Lösung aller gesellschaftlichen Uebel machte. Die wirtschaftliche Ausbeutung bleibt; "geschunden wird man hüben wie drüben". Der Proletarier bleibt auch unter den freiesten politischen Formen der geknechtete Sklave, der nur ein Gegenstand der Ausbeutung für den Profitgier des Meisters ist, der sich für ein geringes Lohn schwer abrackern muss; dem das ganze Leben eine fortwährende Arbeitsqual ist. Und deshalb bleibt auch seine prinzipielle Gegnerschaft zum Kapitalismus und zu der politischen Herrschaft der bürgerlichen Klassen.

Selbstverständlich werden unter verschiedenen politischen Verhältnissen auch die äusseren Formen des Kampfes verschieden sein. In Russland werden die Sozialdemokraten bei derselben prinzipiellen Stellung andere Kampfmethoden anwenden als in England. In Ländern wo alle Verhältnisse kleinbürgerlicher und gemüthlicher sind, wird auch der politische Kampf in weniger schroffen und erbitterten ~~Formen~~ Weise geführt werden. Aber dabei muss die Arbeiterklasse doch überall den Kampf gleich entschieden, gleich energisch und prinzipiell gegen den Kapitalismus und den Klassenstaat führen. Denn unter den verschiedenen Formen ist das Wesen der Gesellschaft, das Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Arbeiter leiden, in Preussen wie in Baden dasselbe. Wo der Politiker einen grossen Unterschied zu sehen glaubt, bemerken die Arbeiter sehr wenig davon. Mögen deshalb die Politiker zu Konzessionen an den bürgerlichen Staat geneigt sein, so wird ihre Auffassung bei der Masse der süddeutschen Genossen selbst ~~xxxix~~ wohl wenig Anklang finden.

Der Budgetbewilligungseifer der süddeutschen Parlamentarier entspringt dem irrigen Glauben - den sie mit dem freisinnigen Berliner Tageblatt teilen - unsere Budgetverweigerung sei ein Protest gegen die reaktionäre Politik, den junkerlichen Willkür und die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse, und sie sei deshalb in den etwas freieren süddeutschen Staaten nicht am Platze. Er gehört einer Anschauungsweise an, ~~der~~ die für den nurdemokratischen Kampf gegen die Reaktion den sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus übersieht.

(ap)